

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 08.03.2018

Von Claudia Wangerin und Jana Frielinghaus
09.03.2018

Ab heute kriegen sie in die Fresse

Dringend nötig: Frauenprotest und -solidarität international. Nicht nur am Kampftag 8. März



Weltweit gehen Frauen heute für ihre Rechte und gegen Gewalt auf die Straße, so wie hier am 8. März vergangenen Jahres in Uruguays Hauptstadt Montevideo

Foto: picture alliance / AA

Verachtung, ja Hass gegenüber Frauen ist noch immer Alltag, auch und gerade in den sogenannten hochentwickelten Industrieländern. Das offenbart nicht zuletzt die seit Oktober andauernde globale Debatte über sexistische Demütigung und Gewalt. Immer wieder wird in diesem Kontext auch ökonomische Abhängigkeit und das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern als wesentliche Ursache für Übergriffe und deren Straflosigkeit thematisiert. Um so wichtiger ist internationale Solidarität von Frauen, Ausgebeuteten und Verarmten, rassistisch und aufgrund ihrer sexuellen Identität Verfolgten und Diskriminierten.

In besonderer Weise sind die Frauen im nordsyrischen Kanton Afrin darauf angewiesen. Seit dem Einmarsch türkischer Truppen am 20. Januar kämpfen dort die Frauenverteidigungskräfte YPJ Seite an Seite mit den Volksverteidigungskräften YPG gegen die Aggression des benachbarten NATO-Landes Türkei. Unter Kriegsbedingungen versuchen sie weiter jeden Tag ein praktisches Beispiel für das Motto der Weltsozialforen zu geben: Eine andere Welt ist möglich. Eine gesellschaftliche Alternative wird von Frauen und Mädchen am dringendsten gebraucht, die weder unter religiösem Fundamentalismus noch unter der strukturellen Gewalt der kapitalistischen Moderne leiden wollen.

In Afrin muss sich die Bevölkerung auch gegen Panzer aus deutscher Produktion wehren. Gerade die Bewohnerinnen der selbstverwalteten Region wissen, was für sie auf dem Spiel steht. Dschihadistische Hilfstruppen der türkischen Armee haben ihren Hass auf die selbstbewussten Kurdinnen verdeutlicht, als ihnen in Afrin der Leichnam von Barin Kobani in die Hände fiel. Sie filmten Anfang Februar, wie sie die im Kampf getötete Angehörige der YPJ grausam verstümmelten.

In den Wochen vor dem Einmarsch in Afrin hat die deutsche Regierung mehrmals Ausfuhren von Kriegsgerät in die Türkei erlaubt. 31 entsprechende Genehmigungen hat sie im Zeitraum vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar erteilt, wie sie in einer Antwort auf eine Anfrage der Linke-Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen einräumte. Der Protest gegen diese Exportpolitik sowie die Solidarität mit den Kurden und ihrem Widerstand sollten Schwerpunktthemen der Demonstrationen an diesem Internationalen Frauentag sein – auch in Deutschland, obwohl oder gerade weil öffentliche Sympathiebekundungen durch das Zeigen der YPJ/YPG-Embleme von Polizei und Justiz kriminalisiert werden.

Bereits im Vorfeld des 8. März, der für türkische und kurdische Linke ein wichtiger Tag des politischen Kampfes ist, hat die Polizei in Ankara eine Frauendemonstration

gewaltsam aufgelöst. Dabei kamen am vergangenen Sonntag Tränengas und Plastikgeschosse zum Einsatz, 18 Teilnehmerinnen wurden vorübergehend festgenommen. Doch die türkischen Frauen wollen sich nicht einschüchtern lassen. Auch für den heutigen Internationalen Frauentag haben mehrere Organisationen Demonstrationen in verschiedenen Städten angekündigt. Thema werden erneut die frauenfeindliche Politik der islamisch-konservativen AKP-Regierung und die Gewalt gegen Frauen und ihre Duldung und Verharmlosung durch Staat und Behörden sein. Allein im vergangenen Jahr wurden in der Türkei nach Angaben der Nichtregierungsorganisation »Wir werden Frauenmorde stoppen« 338 Frauen ermordet, die meisten von Expartnern oder Ehemännern.

Unterdessen hat der Dachverband der Migrantinnenorganisationen, Damigra e. V., darauf aufmerksam gemacht, dass Frauen in Deutschland zwar seit fast 100 Jahren das Wahlrecht haben, dass aber einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger mit ausländischen Wurzeln politische Teilhabe noch immer verwehrt wird. Nur Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft dürfen hierzulande bei Bundestagswahlen abstimmen und kandidieren. Auf kommunaler Ebene dürfen EU-Bürger wählen, aber nicht kandidieren, Drittstaatsangehörige sind auch hier generell ausgeschlossen. »Dabei zahlen diese Menschen seit Jahren in die deutschen Sozialsysteme ein und gestalten die Räume, in denen sie leben, aktiv mit«, sagte Damigra-Vorstandssprecherin Kook-Nam Cho-Ruwwe am Mittwoch in Berlin. Migrantinnen seien zudem nicht nur von Sexismus, sondern vielfach auch von Rassismus betroffen. Auch soziale Ungerechtigkeit und Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt betrifft Migrantinnen noch einmal in stärkerem Maße. Dabei ist das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern in der BRD an sich mit 21,5 Prozent schon erheblich. Deutschland ist im Kampf gegen diesen »Gender pay gap« im EU-Vergleich noch immer fast Schlusslicht.